Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 66	S0312/18	14.11.2018
zum/zur		
F0223/18 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Canehl		
Bezeichnung		
Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums 2019 bis 2022		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		11.12.2018

Das Bundesumweltministerium hat im Oktober die Kommunalrichtlinie – Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld für den Förderzeitpunkt 2019 bis 2022 veröffentlicht.

http://www.klimaschutz.de/sites/default/files/Kommunalrichtlinie%202019_fin.pdf

Als neuen Förderschwerpunkt werden u.a. Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs aufgeführt.

Am 01.11.2018 wurde im Stadtrat die Anfrage gestellt.

Die Stadtverwaltung nimmt dazu wie folgt Stellung. Die Beantwortung der Fragen 1 bis 3 erfolgt im Block.

1. Gedenkt die Landeshauptstadt Magdeburg von den neuen Fördermöglichkeiten ab 01. Januar 2019 Gebrauch zu machen?
2. Wenn ja, wurden schon Anträge gestellt und für welche Maßnahmen?
3. Wenn nein, wann wird die Stadt für welche Maßnahmen Anträge stellen?

„Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) hat die neue Fassung der Kommunalrichtlinie veröffentlicht. Die novellierte Richtlinie, die am 01.01.2019 in Kraft tritt, wird um Effizienzkriterien ergänzt und durch neue Förderschwerpunkte erweitert.“

„Ziel der Richtlinie ist es, den kommunalen Klimaschutz zu stärken, die Minderung von Treibhausgasemissionen zu beschleunigen und messbare Treibhausgaseinsparungen zu realisieren. Mit der neuen Kommunalrichtlinie erschließen sich für die Städte neue Fördermöglichkeiten, insbesondere in den Bereichen: Mobilität, Abfall, Abwasser- und Trinkwasserversorgung. Darüber hinaus wurde der Kreis der Antragsberechtigten erweitert und neue Akzente im Energie- und Umweltmanagement gesetzt.“¹

Zwei Förderziele dieser Kommunalrichtlinie würden theoretisch für das Baudezernat zutreffen. Das wäre zum einen die Förderung hocheffizienter Außen- und Straßenbeleuchtungsanlagen sowie Lichtsignalanlagen mit einer Förderquote von 20 % (Punkt 2.8 der Kommunalrichtlinie) und zum anderen die nachhaltige Mobilität in Form der Verbesserung des Radverkehrs mit einer Förderquote von 40 % (Punkt 2.11 der Kommunalrichtlinie).

¹ Deutscher Städtetag/ AZ 70.18.00 D

Hinsichtlich der Nachfrage zur Förderung von Klimaschutzprojekten bedient sich das Tiefbauamt bereits folgender Förderprogramme, welche in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen.

1.) Zuwendungen aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative für das HHJ 2019 für das Vorhaben „KSI 1 Watt LED Umrüstung an Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet Magdeburg“

Mit Datum vom 08.05.2018 erhielt das Tiefbauamt einen Zuwendungsbescheid vom BMU für o. g. Vorhaben in Höhe von 25.764,00 Euro für den Bewilligungszeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.06.2019 (Auszahlung für 2019; Förderquote = 30%).

2.) Operatives Programm für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt 2014 - 2020 (OP EFRE 2014 - 2020) in Verbindung mit der Förderung von Stadtumbaumaßnahmen, Programmbereich Aufwertung

Hier wurden nachfolgende Maßnahmen für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung in den entsprechenden Programmjahren beantragt:

	<u>beantragte EFRE-Mittel</u>
- PJ 2018 Neu Olvenstedt	143.464,00 €
- PJ 2018 Sudenburg	86.900,00 €
- PJ 2018 Stadtfeld	86.900,00 €
- PJ 2018 Leipziger Straße	63.003,00 €
- PJ 2018 Neustadt	13.035,00 €
- PJ 2018 Reform	154.840,00 €
- PJ 2019 Sudenburg	155.867,00 €
- PJ 2020 Altstadt	187.230,00 €
- PJ 2021 Brückfeld	46.215,00 €

Gemäß dem Antrag auf Gewährung von Zuwendungen Abschnitt A, Nr. 2, Abs. 1 Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der städtebaulichen Erneuerung in Sachsen-Anhalt (Städtebauförderungsrichtlinien – StäBauFRL) sind für:

die Ausleuchtung des Elberadweges von der Sternbrücke bis zum Mückenwirt

- PJ 2018 Stadtumbau (Aufwertung)	152.000,00 €
-----------------------------------	--------------

und für die Wegebeleuchtung zur Ausleuchtung des südlichen Seeufers Neustädter See

- PJ 2019 Soziale Stadt	110.000,00 €
-------------------------	--------------

beantragt.

3.) „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung nachhaltiger Mobilität, Teilaktion Radwege“

Hier werden aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Fördermittel mit einem Fördersatz bis zu 80% bereitgestellt. Diese Richtlinie wurde als Runderlass des MLV vom 21.06.2016 im MBI. LSA Nr. 29/2016 vom 15.08.2016 veröffentlicht. Die Anträge zum Förderprogramm zur nachhaltigen Mobilität, Teilaktion Radwege, hat das Tiefbauamt im Landesverwaltungsamt Halle eingereicht.

Hierbei handelt es sich um folgende Maßnahmen:

- Radweg Biederitzer Busch
- Grundhafter Ausbau des Radweges Barleber See II
- Ausbau eines Radweges in der Verkehrsanlage „Königsstraße“
- Radweg zwischen Umflutkanal und der Klusbrücke
- Radweg Greifenwerder
- Radweg Alter Postweg zwischen Gierfähre Westerhüsen und Elbdamm (Elberadweg)
- Ausbau eines Radweges in der Verkehrsanlage „Am Großen Wiesengraben“
- Ausbau des Brassengeweges am westlichen Ufer des Barleber Sees

Seitens des Landesverwaltungsamtes wurde jedoch festgestellt, dass sich die Auflagen, die sich aus der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung nachhaltiger Mobilität, Teilaktion Radwege“ ergeben, teilweise schwierig durch den Zuwendungsempfänger umsetzen lassen.

Aus diesem Grund wurde diese Richtlinie überarbeitet und mit RdErl. des MLV vom 01.10.2018 neu herausgegeben. Die neue Richtlinie hat eine Gültigkeit vom 09.10.2018 bis zum 31.12.2023.

Diese Richtlinie wurde dahingehend überarbeitet, dass nunmehr Anträge jeweils bis zum 31.03. eines jeden Jahres gestellt werden können, letztmalig zum 31.03.2021.

Die Förderung umfasst den Ausbau von Radverkehrsanlagen sowie Gehwegen mit dem Zusatzzeichen „Radfahrer frei“ und die Errichtung von Fahrradstraßen. Der Fördersatz beträgt nun neu bis zu 90 % v.H. der zuwendungsfähigen Ausgaben. Entsprechend dieser neuen Richtlinie werden die bereits eingereichten Anträge des Tiefbauamtes überarbeitet und termingerecht neu eingereicht.

4. Wie werden neben der Verwaltung die Ausschüsse des Stadtrates, die AG Radverkehr, der ADFC oder andere Interessierte bei der Antragstellung einbezogen?

Mit der Drucksache DS0341/16 und der Informationsvorlage I0041/17 wurde über das Förderprogramm zur nachhaltigen Mobilität, Teilaktion Radwege, detailliert informiert.

Diverse Beratungen mit dem ADFC finden statt.

Dr. Scheidemann